

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

402 (30.8.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, Badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Nachrichten, Gerichts- und Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Redaktionen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/10—1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.
Druck- und Verlagsanstalt: Badische Landeszeitung, G. m. b. H., Girschstr. 9, Karlsruhe.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, Badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Nachrichten, Gerichts- und Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Redaktionen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/10—1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.
Druck- und Verlagsanstalt: Badische Landeszeitung, G. m. b. H., Girschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 402 76. Jahrgang. Karlsruhe, Donnerstag, 30. August 1917 76. Jahrgang. Mittagsblatt.

Neue Beweise für Russlands Schuld an dem Weltkrieg.

Die Schlacht am Isonzo.

Wien, 29. Aug. Amtlich wird verlautbart:
Das Ringen der 11. Isonzo-Schlacht schwoll gestern zu besonderer Höhe an. Die Wucht des italienischen Angriffs war noch stärker als in den vergangenen Tagen. Der Erfolg blieb unbestritten unseren Waffen. Auf der Hochfläche von Bainizza-Heiligengeist richtete sich — von verschwenkbar schiefen Batterien aller Kaliber unterstützt — die Gewalt des feindlichen Stoßes vor allem gegen die Mäure von Al und Podlesco. In stundenlang andauerndem schwerem Kampfe gewannen unsere Tapferen vollends die Oberhand über die durch Verstärkungen ununterbrochen genährten Massen des Gegners. Spät in der Nacht wurde der letzte italienische Ansturm abgewiesen. Außerordentlich heftig brandete der Kampf wiederum um den Besitz des seit Tagen heiß umstrittenen Monte San Gabriele. Als es in den Abendstunden am Vorhang einer italienischen Kampfgruppe gelungen war, in unsere Stellung einzudringen, wurde sie durch Abteilungen der Regimenter 20 (Neu-Sondb), 34 (Kassa) und 87 (Gilli) im Gegenstoß gefaßt und aufgerieben. Ein italienischer Stabs-offizier und 200 Mann blieben in unserer Hand. Ein weiterer Angriff kurz vor Mitternacht nördlich des Gabriele, ohne Artillerieeinleitung angefaßt, wurde durch unser Feuer niedergestreckt.

Eine mächtige italienische Angriffswelle sollte östlich von Görz und nördlich des Wipach-Tales Bahn schaffen. Nach sechsstündiger Artillerievorbereitung brach mittags die feindliche Infanterie gegen unsere Linien vor. Am Friedhof von Görz und bei Gracina wurde der Gegner durch die hervorragende Wirkung unserer Batterien, denen überhaupt reichlicher Anteil an dem gesrigen Erfolge gebührt, zum Weichen gezwungen. Bei San Marco hingegen konnte der Feind erst in erbittertem Ringen von Mann gegen Mann zurückgeworfen werden, wobei sich namentlich die bewährten Kämpfer des nordböhmischen 2. Jäger-Bataillons und des kroatischen Infanterie-Regiments Nr. 98 hervortaten. In engem Kampfraum brachten wir hier Gefangene von sieben italienischen Regimentern ein.

Auf der Karsthochfläche kam es zu keinen größeren Kampfhandlungen. Eriest wurde neuerlich von feindlichen Fliegern heimgesucht. Die in die Stadt geworfenen Bomben richteten keinen nennenswerten Schaden an.

Wien, 29. Aug. Aus dem Kriegspressquartier wird mittags gemeldet: Von Selo am oberen Isonzo bis zur Wipach gestern wieder starke Kämpfe. Der Feind ist überall abgeeschlagen.

Vor einem Jahr.

30. August. Erstürmung des Berges Anful in den Karpaten durch deutsche Truppen. — Generalstabmarschall von Hindenburg wird zum Chef des Generalstabes des Feldherren ernannt. — Kriegserklärung der Türkei an Rumänien. — Zerstückung rumänischer Schiffe im Hafen von Bozen durch die österreichische Donauflotte.

Feind hinter der Front!

Roman von Margarete von Derszen-Fünfgeld.
(Nachdruck verboten.)
Dore wurde dicht an Herrn von Lassar gedrängt, sein Atem hob die feinen Haarfloden an ihren Schläfen. Und ihre Augen fragten ihn.
Da er so groß war, blickte er auf sie hernieder. Sie wußte gar nicht, wie lange sie so stand.
Und plötzlich flüsterte er: „Da kommt Ihr Herr Schwiegervater und Frau von Riegow.“
Dore trat hastig in den Schatten des Haustores, einem unwiderstehlichen Zwang folgend.
Sie erkannte Gut und Sonnenschirm der Mama und die vornehme, etwas vormüdebeugte Figur des alten Herrn.
Ohne zu wissen, was sie tat, mit heftig schlagendem Herzen, brütete sie sich noch fester gegen die schwingende Wand und mit ihr Gregor.
Er beobachtete sie. So, sie flüchtete sich vor den Alten — sie fürchtete sie — das süße deutsche Kind mit den Virenaugen — sie fürchtete die Alten mehr als ihn, denn sie schmeigte sich so eng an ihn an, daß er die Wärme ihres Körpers fühlte.
Eine Gesellschaft von Gästen trat heraus, erstaunte Blicke kreuzten das Paar in seinem Versteck. Gregor bot Dore in höherer Schüchternheit den Arm: „Darf ich bitten? Einen Eiskaffee — oder Rimonade — hier stehen bleiben können wir nicht — oder begleiten Sie gnädige Frau.“ Er erbot sich nicht, sondern konnte einen zweifelnden Blick auf die Straße.

Wien, 29. Aug. Aus dem Kriegspressquartier wird vom 29. August abends mitgeteilt: Die Kämpfe auf der Hochfläche von St. Geist und bei Görz dauern an. Der Gegner hatte nirgends Erfolg. Eriest wurde heute um 9 Uhr vormittags von neuem von einem italienischen Fliegergeschwader bombardiert. In die innere Stadt fielen etwa 20 Bomben, die nicht unbedeutlichen Schaden anrichteten. Zwei Einwohner wurden getötet, mehrere verletzt.

Der Reichszentraler in Belgien.

Wien, 29. Aug. Die „Nordd. All. Ztg.“ schreibt: Der Reichszentraler, der gestern abend seine Informationsreise nach Belgien angetreten hat, hörte im Zug die Vorträge des Chefs der politischen Abteilung zum Generalgouverneur in Belgien, Freiherrn von der Vanden und des Verwaltungschefs für Flandern, Schauble. Während der Fahrt nach Brüssel empfing der Kanzler einige Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie.

Brüssel, 29. Aug. Reichszentraler Dr. Michaelis empfing in Brüssel eine Abordnung des Rates von Flandern, die ihn mit einer längeren Ansprache begrüßte. Der Reichszentraler nahm in seiner Erwiderung Bezug auf die Erklärung, die den Rate von Flandern bei seinem Besuche am 3. März d. J. von seinem Amtsvorgänger gegeben wurde und erklärte, daß sich an dem Standpunkte der Reichsregierung nichts geändert habe.

Greignisse zur See.

Madrid, 29. Aug. Blättermeldungen zufolge hat ein Unterseeboot in der Nähe der portugiesischen Küste die portugiesischen Dampfer „Serra do Pilar“ und „Serra da Maria“ versenkt.

Rotterdam, 29. Aug. Der „Marshode“ meldet: Der englische Dampfer „Royal Transport“ (4652 B.R.T.) ist nach einem Zusammenstoß mit einem anderen Dampfer im Hafen von Dordrecht an Strand gesetzt. — Der amerikanische Segler „Columbia“ ist gestrandet und gilt für verloren. Der amerikanische Segler „George W. Marsh“ ist gesunken. — Der englische Dampfer „Glenafon“ ist gesunken. — Der amerikanische Segler „Lizzie M. de Williams“ (189 B.R.T.) wurde verlassen auf See angetroffen. — Das Motorschiff „Alfred Nobel“ (106 Brutto-Register-Tonnen) ist gesunken. — Der engl. Dampfer „Selsvig“ (971 B.R.T.) ist gesunken. — Der englische Dampfer „Oriental“ ist gestrandet und wird. — Der französische Dampfer „Ghane“ (803 B.R.T.) ist gesunken. — Der englische Segler „Alberine“ (152 B.R.Tonnen) ist gestrandet und wird. — Der Dampfer „Eva Marie“ ist gestrandet und gilt für verloren. — Der englische Dampfer „Clementis“ (2161 B.R.T.) ist gestrandet. — Der Dampfer „Matunga“ aus Melbourne (1618 B.R.T.) wird vermisst. — Der dänische Dampfer „Alexander Schuff“ (1652 B.R.T.) wurde versenkt.

Dore warf den Kopf. Dort standen Papa und Mama und besehen sich die Fassade des neuen Hotels in der Bellecourstraße. „Hier herein“, flüsterte sie halb ohnmächtig, denn zu Vosty gingen die nicht — das wußte sie.

Gregor lächelte. Wie einer, der entschlossen ist, dem Schicksal seinen Lauf zu lassen.

Ein kleiner Tisch nahe am Eingang war frei, ein geschütztes Plätzchen neben einem schwer herabhängenden Vorhang. Ueberhaupt war es still hier; die meisten saßen draußen bei dem schönen Wetter.

Unmöglich — kaum zu fassen — hier sah sie mit einem fremden Manne — sie in ihrer traurigen Tracht. — Das alles war so neu, so fremd, sie hatte nicht gelernt, wie man sich in solchen Fällen zu benehmen hatte, weil solche Fälle einfach nicht vorgekommen waren.

„Da bonavé!“ dachte sie, obwohl sie sonst einen strengen Krieg gegen alles Fremde führte. Und heute früh wollte sie noch leidenschaftlich sein! sagte sie unbedacht und ließ die schwarze Schlange ihrer Federboa über die Stuhllehne gleiten.

Gregor hob sie auf. Dabei berührten sich ihre Hände. Und es geschah das Unfassliche, ja, das ganz Unerhörte: sie fühlte einen elektrischen Schlag vom Scheitel bis zur Sohle. „Meine Nerven sind erregt“, dachte sie, als sie mechanisch mit dem feinen Watistuch über die blaulich gederrte, zarte Haut ihrer Hand rüderte, wie um jede Spur dieser Berührung zu tilgen. „Gnädige Frau sind nicht Norddeutsche?“ brach Gregor das Schweigen und goß langsam die dicke, gelbe Sahne in seine flache Kaffeetasse.

Das gab ihr sofort die Haltung wieder, und sie richtete sich steif auf. „Ich bin Wodenserin.“

„Ah!“ räusperte er sich oder flimmerte es feucht in den grünen Augen, in deren Tiefen wie Dore die Iris leuchtete? „Ein merkwürdiges Zusammentreffen.“ sagte er und blickte sie fest an: „Ja, reife nämlich in der nächsten Zeit nach J. — ich habe dort einige Semester studiert — ich liebe J. in der Nazionsküste. Doch ich weiß nicht, ob Sie das kennen. Man kann so etwas nicht in Worte fassen.“

„J. ist meine Heimat“, flüsterte Dore, und von Stund ab mußte er, woran dies schlank, selbstam verschlossene u. doch wider

Die großen Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow.

Berlin, 29. Aug.
Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht nach einem Stockholmer Telegramm den folgenden Bericht der Prozeßverläufe aus der Petersburger „Kotowoje Wrenja“:
In dem Prozeß gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow wurde als erster Zeuge der frühere Stabschef des Hochkommandierenden, der General Januschewitsch, benannt. Der Verteidiger Suchomlinow fragte den Zeugen Januschewitsch, ob ihn nicht

am Mobilmachungstage der frühere Zar telephonisch angewiesen habe, die Mobilmachung einzustellen oder wenigstens aufzuschieben. Januschewitsch gab zu, daß ein solches Telephongespräch stattgefunden habe, der Zar aber habe nur angeregt, die allgemeine Mobilmachung in eine Teilmobilmachung der vier Südbestbezirke umzuwandeln.

Auf weitere Fragen des Verteidigers äußerte sich dann Januschewitsch eingehend über die Geschehnisse, die der Mobilmachung vorausgingen. Nach seiner Aussage mag zunächst der Beschluß gefaßt worden sein, nur die vier Südbestbezirke zu mobilisieren, eine Maßnahme, die sich also nur gegen Oesterreich-Ungarn richtete. Dann erfolgte jedoch eine Abänderung dieses Beschlusses. Am 30. Juli 1914 hielt Januschewitsch dem Zaren einen Vortrag und bestand auf der Gesamtmobilmachung, weil es nach seiner Meinung notwendig sei, die Haltung Rußlands nicht nur Oesterreich, sondern auch dem Deutschen Reiche klar zu machen.

Der Zar unterzeichnete darauf den Befehl zur Gesamtmobilmachung.

Diesen Ukas überbrachte Januschewitsch der Ministerrats-sitzung.

Der Zeuge Januschewitsch erklärte ferner, daß er noch am selben Tage, und zwar abends gegen 11 Uhr vom Zaren telephonisch angerufen worden sei. Der Zar fragte ihn, wie weit es mit der Mobilmachung wäre, und ob man die allgemeine Mobilmachung nicht bloß durch eine Teilmobilisierung, die nur gegen Oesterreich gerichtet sei, erfassen könne. Januschewitsch antwortete, die Mobilmachung sei bereits im Gange; vierhunderttausend Reservisten seien schon einberufen; eine Abänderung wäre somit außerordentlich schwierig und könne zu einer Katastrophe führen.

Der Zar erwiderte, er habe ein Telegramm von Kaiser Wilhelm erhalten, der sich ehrenwörtlich verbürge, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland freundschaftlich

Willen aufrichtige Geschöpf frankte. Er wußte, daß ihre Seele unsichtbare Trauer trug, gegen die jene ander: ein Nichts war.

Und doch stellte er sich ganz unbefangen. „Sie haben keine Sehnsucht, Ihre Heimat wiederzusehen?“

Dore blickte sich und lächelte hastig die Tasse zum Munde. Sehr lange dauerte es, bis sie sie wieder niederlegte. Ueber ihren Augen lag ein Flor, wie Frühlingsschnee über dem Meer.

Gregor blickte ernst vor sich nieder, und tausend Gedanken überstürzten sich in seinem Sinn.

„Als Gott den Menschen strafen wollte, erfand er den inneren Zwiepsalt“, dachte er. „Warum mußte er mir diese junge Frau in den Weg führen? Warum?“

Dore holte tief Atem. Sie hatte sich gefaßt. Ihr fremder Begleiter war ihr gar nicht mehr so fremd, denn seine Augen hatten ihre Heimat gesehen.

„In J. wohnt mein Anteile“, sagte sie schlicht. „Am Schlierberg, wenn Sie den kennen.“

„Wie sollte ich nicht!“ gab er leise zurück. „Wie viele Wägen habe ich dort oben wachend verträumt — so über der Stadt, wenn ein Licht nach dem anderen erlosch.“

„Ja, ja“, hauchte Dore fast zitternd. Und dann schwiigen beide, in einer unbeschreiblichen Stimmung, die feiner zu stören wagte.

Um sie her kamen und gingen Leute, aber sie beachtetten nichts und niemand.

Plötzlich fühlte Dore ein Unbehagen, sie wußte nicht weshalb, und woher es kam. Aber es stieg aus unbekanntem Gründen, nahm fast körperliche Gestalt an und verfehlte sie in eine ihr unbegreifliche Unruhe.

Langsam wendete sie den Kopf zur Seite und begegnete dem Blick einer ebenfalls tief schwarz verschleierten Dame, die an einem ziemlich entfernten Tisch aus einem Strohhalm fühlte, rote Limonade schlürfte. Wie lange die Dame schon dort gesessen, wußte Dore nicht.

„Dort drüben“ — flüsterte sie ihrem Begleiter zu, sich schon ganz vertraulich zu ihm beugend, „auch eine Kriegswitwe. Und ganz einsam. Die Arme!“
(Fortsetzung folgt.)

Welchen würden, falls Russland nicht die allgemeine Mobil-
machung erkläre. Ich fuhr, sagte Januschewitsch weiter aus,
nach diesem Telefongespräch mit dem Baron zu Cassonow und
legte ihm meine Überzeugung dar, daß man jetzt die allge-
meine Mobilmachung nicht aufheben könne. Es
wurde darauf beschlossen, daß ich am kommenden Morgen dem
Baron einen neuen Vortrag halten solle.

Dieser Vortrag fand statt und nachmittags 5 Uhr hatten
Cassonow, Suchomlinow und ich eine Besprechung, die
nur insgesamt 10 Minuten dauerte und mit dem Beschluß
endigte, daß es nicht möglich sei, die allgemeine Mo-
bilmachung zurückzunehmen.

Soweit Januschewitschs Aussage. Darauf hat der Ange-
klagte Suchomlinow, sich zu der Aussage des Zeugen äußern
zu dürfen. Er erklärte, daß der Bar in der Nacht zum 30. Juli
telefonisch angerufen u. befohlen habe, die Mobilmachung
aufzuheben.

Das war ein direkter Befehl,

der keine Einwendung gestattete. Suchomlinow erklärte weiter:
Ich war von dem Befehl ganz benommen. Die Mobil-
machung war bereits erklärt und wenn man sie hätte rückgängig
machen wollen, so drohte eine Katastrophe. Weiß Gott, was
dann für ein Morddrama sich herausgefunden wäre und was
in Russland vorgegangen wäre, wenn man die Mobilmachung
rückgängig hätte machen wollen. Etwa eine halbe Stunde nach
diesem Telefongespräch mit dem Baron fragte mich Januschewitsch
an. Er sagte mir, der Bar habe ihm erklärt, daß

die Mobilmachung eingestellt

werden sollte. Ich fragte Januschewitsch, was er dem
Baron geantwortet habe. Januschewitsch erwiderte, er habe dem
Baron gesagt, daß die Aufhebung der Mobilmachung technisch
möglich sei. Der Bar habe aber trotzdem befohlen, die
Mobilmachung einzustellen.

Januschewitsch fragte mich, was er denn nun machen
sollte. Ich antwortete ihm: Tun Sie nichts. Am nächsten
Morgen werde nur in den Südwestbezirken vorgekommen;
dabei mußte ich, daß sie überall in vollem Gange
sei und nicht aufgehoben werden konnte. Glücklicher-
weise wurde dem Baron am selben Tage eine andere Über-
zeugung beigebracht, und mir wurde dann die Anweisung
für die glatte Durchführung der Mobilisierung ausgeprochen.

Nach dieser Bekundung Suchomlinows wurde nochmals
General Januschewitsch als Zeuge aufgerufen, um über
seine

Unterredung mit dem deutschen Militärattaché

am 29. Juli auszusagen. Januschewitsch erklärte: Ich gab dem
deutschen Militärattaché das Ehrenwort des General-
stabschefs, daß zurzeit es war am 29. Juli, nachmittags
9 Uhr, die Mobilmachung noch nicht erklärt worden sei.
Dieses Augenblicks erinnere ich mich genau in allen Einzel-
heiten. Da der deutsche Militärattaché mir nicht glaubte, hat ich ihm
an meine Erklärungen schriftlich zu geben, was er indessen
ablehnte. Zu einer schriftlichen Erklärung hielt ich mich berech-
tigt, weil die Mobilmachung in diesem Augenblick tatsächlich
noch nicht erlassen war; denn den Ukas darüber hatte ich
noch in der Tasche. Cassonow hatte mir vorher gesagt, ich
sollte über die Sache lieber mit dem deutschen Militärattaché als
mit dem Postkammer Grafen Bourtales sprechen.

Cassonow hatte von Poincaré eine sehr niedrige Meinung
und war der Ansicht, daß er sich doch alles nach seiner Art aus-
legen würde.

W. Petersburg, 27. Aug. (Tel. Tel. Na) In dem Pro-
zesse Suchomlinow erklärte General Danilow, früher
Kobelnitsch des Kriegsministeriums, Suchomlinow habe ihn auf-
gefordert, eine ausführliche Liste aller Maßnahmen der Landes-
verteidigung aufzustellen, die während der 5 Jahre vor Suchomlinows
Ernennung zum Kriegsminister getroffen worden waren.
General Belitschko, früher Chef des Stabs der allge-
meinen Leitung des Pionierwesens, hält Suchomlinow für den
jenigen, der an allen Niederlagen des russischen
Heeres die Hauptschuld trägt. Der Heeres-
Suchomlinow unterdrückte seit seiner Ernennung zum Minister
zahlreiche Organe und Mitle, die zur Erörterung der Frage der
Verteidigung geschaffen worden waren. Der frühere Bar kann
nicht wegen des militärischen Unfalls Russlands angeklagt wer-
den, da er alles durch die Brille Suchomlinows sah. Belitschko
tadelte Suchomlinow, weil er trotz lebhaften Einspruches die
meisten der besseren russischen Festungen zerstörte, da er sie für
unnütz hielt. Der Zeuge fügte hinzu, daß zahlreiche militärische
Beamte, die wie er die Tätigkeit Suchomlinows tadelnd hätten,
abgesetzt worden seien. Der ehemalige Kriegsminister Bol-
danow warf Suchomlinow vor, bei der Ausführung der nach dem
russisch-japanischen Krieg angeordneten Reformen nicht energisch
genug gewesen zu sein. — General Bernander, ehemaliger
Chef des Kriegsministeriums, erklärte, daß das Kriegsmini-
sterium zurzeit Suchomlinows gar nicht an den Krieg dachte und
für die Versorgung der Armee sorgte, und die Hofkassen, die für
die Landesverteidigung arbeiteten, nicht im geringsten beaus-
sichtigte. Ferner sagte der Zeuge, daß nach 120 Krieges-
tagen die russische Armee keine Geschosse mehr
hätte.

(1) Berlin, 30. Aug. In den Enthüllungen im Su-
chomlinow-Prozess schreibt die „Germania“ u. a.: Noch
heutentags bemessen sich unsere Feinde, das Kapitel von der
Schuld am Krieg besonders ungünstig für uns darzustellen zu
dürfen und auf der Stockholmer Sozialistenkonferenz sollte sie
nach dem Willen der Ententeorganisationen den ersten Gegenstand
und die Voraussetzung für weitere Verhandlungen bilden. Hoff-
mäßig man sagen, es sei schade, daß es zu dieser Aussprache nun
nicht kommen soll. Ohne Zweifel hätte sie vor den Augen der
ganzen Welt einen anderen Verlauf genommen, als man sich in
London und Paris denkt. Die russische Stichprobe von heute
deutet darauf hin.

Der „B. L.“ und die „Berl. Volksztg.“ schreiben: Die
Schuldigen sind restlos entlarvt. Lügen und Mord
finden offenbar. Suchomlinow hat gestanden. Lloyd George
braucht nun keine Schuldigen mehr zu suchen, denn er hat sie
und er darf dabei nicht vergessen, an die eigene Brust zu schlagen,
denn er hat auch schon damals in der englischen Regierung ge-
sehen. Die „Berl. Morgenpost“ führt aus: Ein Bündel
des Schicksals, der über den Ereignissen des schicksalsschweren
Tages unmittelbar vor dem Kriegsausbruch gebreitet liegt, ist
bereits in dem Zeugenverhör beim Prozeß Suchomlinow ge-
läutert worden, und was wir da schon erkennen, ist, daß die
Petersburger Heber, voran der börsartige Suchomlinow dem un-
glückseligen Schwächling Nikolai, der noch im letzten Augenblick
vor dem Unheilvollen zurückblieb, das er anzurichten im Be-
griffe war, durch freche Lügen und gewissenlose Betreibungen in
das Unheil hineintriebte.

Die Lage in Finnland.

W. B. Kopenhagen, 29. Aug. „Politiken“ meldet aus
Stockholm: „Rustaja Wosja“ erfährt aus sicherer Quelle, daß
weitere Abteilungen russischer Kavallerie mit Pan-
zerkraftwagen nach Finnland entsandt worden sind. Be-
kanntlich wurde heute der finnische Landtag trotz des Verbotes
eröffnet.

Zensur und Belagerungszustand vor dem Hauptausbruch.

Berlin, 29. August.

Staatssekretär Dr. Ballraf führte im Hauptauschuss des
Reichstags zur Freigabe der öffentlichen Diskussion
über die Fragen der Kriegswirtschaft aus, daß die Besetze
unbequem wären, sie hätten jedoch den Behörden ihre Arbeit nicht ent-
lastet und bei einem großen Teile der Bevölkerung verhängnisvoll gewirkt.
Er verspreche wohlwollend nachzuprüfen, inwiefern auch
in der inneren Politik die Fesseln der Zensur lockern könne, aber man
müsse sich immer vor Augen halten, daß selbst harmlose Tatsachen
besser unbekannt bleiben, als daß sie vom feindlichen Ausland falsch
ausgelegt würden, und nur schaden. Man dürfe niemals vergessen,
daß das Amt des Zensors ein sehr schwieriges sei.

Ein Zentrumsredner betonte, daß eine Prüfung der An-
träge auf Beseitigung der politischen Zensur zugesagt sei. Sollte
sich das Wort des Regierungsvizepräsidenten auf Abschaffung der Zensur
nicht erfüllen, sei das ein großer Mißgriff. Die Art, wie die
Zensur jetzt gehandhabt würde, führe letzten Endes zu einer Schwächung
des Vaterlandes. Es seien jetzt schon mehr Zensoren da als
Redakteure. Die Zensur wie sie jetzt gehandhabt würde, schaffe
nur Unruhe und große Nervosität in der Presse. Die
Darlegungen der alldeutschen Presse hätten schon großes Unheil
gestiftet, das beweise allerdings, daß man nicht ganz auf die Zensur ver-
zichten könne. Aber durch die Zensur würde auch unsere Abwehr ver-
mindert. Das Verbot der Garden des „Zukunft“ sei nicht gerecht-
fertigt. Übernahme der Reichstagsarbeiten die Verantwortung für die
Beseitigung der kaiserlichen Kundgebungen, die manchmal durch
ihre innerlichen und äußerlichen Widersprüche fast aufhören? Ferner
gegründete dann den Antrag auf Beseitigung der Bundesratsverord-
nung über die Konfessionierung der Films. Man müsse verlangen,
daß hier der Weg der Gesetzgebung beschritten werde. Man darf den
Reichstag nicht in dieser Weise ausschalten und die Öffentlichkeit vor
eine vollendete Tatsache stellen. Hohenstein tritt diese Verordnung am
1. September überhaupt nicht in Kraft.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Es handelt sich nicht um eine
Konfessionierung der Films, sondern der Rinos. Aus Gründen der
Zweckmäßigkeit ist der Weg der Verordnung beschritten worden; eine
Regelung war aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, schon wegen
des Nachmangels. Die Materie ist im Bundesrat geprüft
worden und der Bundesrat hat die Notwendigkeit des Erlasses einer
Verordnung bejaht.

Vizekanzler Dr. Helfferich: Eine Ausschaltung des Reichstags
war nicht beabsichtigt. Der Bundesrat glaube vielmehr, in seiner
Verordnung den Anschauungen des Reichstags zu entsprechen. Man
möge im übrigen die Frage nicht nur unter formellem Gesichtspunkt
prüfen.

Staatssekretär des Reichens v. Kuhlmann erwiderte dem Zen-
trumsredner, daß Äußerungen des Kaisers durch die Verantwortlichen
seit dem Reichstagsauflösung gedacht werden. Die Zensur der Erklärungen
über Kriegs- und Friedensziele werde natürlich, soweit Fragen der
Kriegsführung nicht berührt werden, in weitestgehender Weise gehand-
habt.

Ein nationalliberaler Abgeordneter wandte sich
gegen die Ausführungen des Ministerialdirektors Caspar, die nicht den
Sinn der Sache trafen und schloß sich den anderen Rednern an. Die
politische Zensur sei überflüssig; sie stiftete mehr Un-
heil als Nutzen und sollte daher beseitigt werden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wandte sich
gegen die Ausführungen des neuen Staatssekretärs, die leider nicht
neues gebracht hätten und daher auch keinen Eindruck machen könnten.

Oberst Briessberg gab zu, daß die militärischen Organe zu
einer schärferen Handhabung des Versammlungsrechts übergegangen
sind, um der Gefahr einer Besetzung der Arbeiter zu begegnen.

Major Grau aus dem Kriegsministerium ging auf einige der
vorgebrachten Beschwerden ein. Das Verbot, die Oberste Heeres-
leitung in politische Erörterungen hineinzuziehen, ist auf einen aus-
drücklichen Wunsch des Generalfeldmarschalls von
Sindenburg zurückzuführen. Dieser Wunsch hat bei der Presse
auch volles Verständnis gefunden. Trotzdem erschien in der „Frank-
furter Zeitung“ ein politischer Artikel, der die Oberste Heeresleitung
erwähnte. Die Berliner Telefongespräche dieser Zeitung wurden
darauf teilweise unter Präsidentenbeschluss gestellt. Einer Verleumdung der
Reaktion gab der oberste Militärbehördenleiter statt, weil er die Zen-
surbestimmungen ihren Geist nach ausgelegt hatte. Das Verbot der
„Zukunft“ ist erfolgt allein aus militärischen Gründen. Garden schreibt,
so daß er oft mißverstanden werden muß. Das machte sich das feind-
liche Ausland zunutze, indem es seine Artikel zur Verleumdung der
gesunkenen Kriegseuphorie ausschlug. Das ging so weit, daß
der „Figaro“ vom 5. Mai forderte, der letzte Garden-Artikel möge zur
Verleumdung der Volkseinstimmung in Frankreich öffentlich angeschlagen wer-
den. Sicher habe Garden seine Äußerung nicht beabsichtigt. Der Zen-
sur prüfe nur, ob durch die Veröffentlichung vaterländische, insbeson-
dere militärische Interessen, geschädigt werden können.
Eine Zusammenlegung von Zeitungsbetrieben in Nordhausen sei auf
Veranlassung der Militärbehörden nicht erfolgt; zwei dortige Bräu-
ereien seien selbst an die zuständige Kriegsamtstelle zwecks Zusammen-
legung herangefahren. Zum Schluß warnte Major Grau vor einer
Beseitigung der Zensur. Postrichter Journalisten hätten
sich ihm gegenüber dahin geäußert, daß wer die Feder geschickt zu
führen verstehe, jetzt schreiben könne, was er wolle.

Ein konservativer Abgeordneter betonte, daß auch
keine Partei Grund habe, sich beschwert zu fühlen. Gegen die „Kreuz-
zeitung“ sei sehr scharf vorgegangen worden; ohne Grund lasse sich die
politische Zensur nicht entbehren; ihre Aufhebung sei auch nicht zu-
gesagt worden. Natürlich wünsche auch keine Partei weitestgehende Hand-
habung und keine Schikanen und Meinlichkeiten.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion wandte sich gegen
Garden's „Zukunft“. Garden habe sich außerhalb unseres Volkes ge-
stellt und von Anfang des Krieges an alle Kriegsnöwendigkeiten ver-
neint.

Ein unabhängiger Sozialdemokrat erklärte, in
Nordhausen seien nicht nur die zwei Zeitungen zusammengelegt, son-
dern die übrigen Zeitungen aufgefördert worden, sich bis zum 15. Sept.
zu einigen. Nach der heutigen Aussprache besteht wenig Hoffnung
auf Besserung. Die Folge dieses Schemas sei, daß die unter-
irdische Literatur wüchse.

Ein Sozialdemokrat kam nochmals auf die Angelegenheit des
Bundes der Kriegsbeschädigten zurück; die Berufung auf
politische Bestrebungen dieses Bundes seien nur ein Vorwand. Man
wolle den Bund eben nicht.

Damit schloß die Debatte. Die Anträge der Sozialdemokraten
und unabhängigen Sozialdemokraten auf Beseitigung des Belagerungs-
zustandes usw. wurden abgelehnt, dagegen wurden die Anträge
auf Beseitigung der politischen Zensur und Aufhebung der Bundesrats-
verordnungen über die Veranstaltung von Lichtspielen und der Antrag
Gemeinde-Verordnungen über die Handhabung der Zensur und die De-
finition des Begriffs „Politik“ angenommen.

Der Ausschuss hatte damit sein Arbeitsprogramm aufgearbeitet.
Die nächste Sitzung soll Donnerstag den 22. September stattfinden.
Dem Vorsitzenden wurde eine notwendige frühere Einberufung über-
lassen.

Vertrauensvolle Arbeit.

Von Dr. Strefeman, Mitglied des Reichstags.

Als der Hauptauschuss des Deutschen Reichstags zusamen-
trat, waren viele von seiner Einberufung überrascht. Die deut-
liche Friedensnote wurde als Grund für die Einberufung ange-
geben. Nach heißen Kämpfen geht der Hauptauschuss jetzt aus-
einander. Im Zusammenwirken von Bundesratsmitgliedern
und Parteiführern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers soll in
engster Fühlungnahme die Stellung des Deutschen Reiches in
der Schicksalsfrage des Friedens beraten werden.

Das vertrauensvolle Zusammenwirken zwischen Regierung
und Volksvertretung, das dadurch angebahnt ist, muß von jedem
Vaterlandsfreund begrüßt werden. Die deutsche Reichsregie-
rung, das kann nicht stark genug betont werden, gibt damit dem
Parlament einen Vertrauensbeweis, der weit hinausgeht über
dasjenige, was andere Länder in derartigen Schicksalsfragen
ihres Landes der Vertretung des Volkes konzedieren. Um-
mehr kann und muß aber auch verlangt werden, daß wir ein-
mal aus der Zeit der Sensationen, Krisen und
Konflikte herauskommen und in die Zeiten sachlicher
Arbeit für das Wohl des Vaterlandes zurückkehren. Man freut
sich unwillkürlich, ob das, was jetzt erreicht ist, nicht auch ohne
Zusammentritt des Hauptauschusses hätte zustande gebracht
werden können. Viele Sorgen wären uns im Innern dadurch
erpart worden, nicht wieder hätte auch das aufwendende Aus-
land irgendwelche Feinden der Schwäche, der Uneinigkeit bei uns
zu verführen glauben können. Man muß allmählich im Sinne
den Eindruck gewinnen, als wenn eine gewisse hauptsächlich
politische Nervosität und Sensationslust die besten Formen
unserer parlamentarischen Arbeit ins Groteske verzerrt und sie
würde nicht wundern, wenn das Parlament in derselben
Zeit, in der die ihm zugebilligten Rechte es erhöhen, nach außen
in der Achtung seiner Mitbürger sinkt, wenn jeder Session-
abschnitt derartige Verhandlungen bringt, wie wir deren jetzt
hintereinander Zeuge gewesen sind.

Ich habe mich mittlerweile zu dem Grundsatz bekannt, daß
angesehene der engen Verflechtung zwischen Äußerer und innerer
Politik auch mit politisch notwendigen Reformen im Innern nicht
gezögert werden sollte, bin auch der Meinung, daß manche uner-
freuliche radikale Erscheinung hätte, vermieden werden können,
wenn man das Notwendige, z. B. auf dem Gebiete des pres-
sischen Wahlrechts, rechtzeitig zugebilligt hätte. Aber es muß
andererseits auch darauf hingewiesen werden, daß das, was bei
der Neuordnung der Regierung tatsächlich erreicht worden ist,
die Hoffnungen weit übersteigt, die man vor Jahren noch in Be-
zug auf eine Neuordnung unseres innerpolitischen Lebens gehabt
hätte. Während früher nur ein eng begrenzter Kreis von
Männern konföderativer Gesinnung als Ministerkandidaten in
Betracht kam, hat der Kanzler diesmal die tüchtigsten Leute ge-
sucht, wo er sie fand. Ohne Rücksicht auf eine amtlich abge-
stempelte Ministerlaufbahn, hat er die oft gegebene Anregung
beachtet, hat einen Kenner der Konsuminteressen, wie
Müller, unbedacht sozialdemokratischer Gesinnung, zum Unter-
staatssekretär ernannt, hat den Widerwillen gegen die „so-
zialen Politiker“, wie Kaiser Wilhelm I., sich noch gegenüber
einem Bismarck ausdrückte, als dieser Minister werden sollte,
überwunden und hat einen Mann fortgeschrittener Gesinnung in
das Reichswirtschaftsamt berufen. Das gleiche Wohlwollen er-
öffnet für Preußen Bahnen neuer Entwicklung. Darüber hin-
aus gibt die Regierung in dem Ehebeneauschuss den Führern
der großen Fraktionen Gelegenheit, auch in den schwierigsten
diplomatischen Fragen weltgeschichtlicher Bedeutung die Auf-
fassungen der Parteien in einwirkender Weise mit zum Ausdruck
zu bringen.

Ob die neuen Männer nun für unsere künftige Entwicklung
die richtigen sind, ob der Kanzler selbst der großen Aufgabe sich
gemessen zeigen wird, die in dem Kleinem der Verantwortlich-
keit seine Schultern drückt, ob die freie Kommission sich zu
einem Reichsrat ausgestaltet läßt, der das gewinnreiche engere
Vertrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung herstellt,
das alles kann abgewartet werden. Aber es muß auf das tiefste
beachtet werden, daß man nicht in Ruhe diese Entwid-
lung reifen läßt, daß man schon jetzt wieder drängt nach
neuen Formen des staatlichen Lebens, daß man Kritik übt an
Personen, nachdem man sie kaum vierundzwanzig Stunden
lang auf dem schlüpfrigen Parkett des Reichstags kennen ge-
lernt hat, daß man einem Kanzler, dem im verantwortungs-
vollen Abwägen seiner Worte auch Wendungen entfallen sind,
die mißverständlich sind, daraus sofort einen Strich drehen will,
und daß man dadurch in unser ganzes politisches Leben, auf das
die Augen der ganzen Welt gerichtet sind, ein Moment der Un-
sicherheit, der politischen Instabilität und Unruhe hineinträgt, das sich
fernebleiben muß.

Das Wort des Gouverneurs von Berlin, Ruhe ist die erste
Bürgerpflicht hat in politischen Leben Preußens eine traurige
Verdämplung erlangt. Aber es gibt Zeiten, in denen politi-
sche Ruhe Ernst und Gewissenhaftigkeit den
Sieg behaupten müssen gegenüber einer von einem ge-
wissen Teil der Presse genährten Sensationslust, die die sachliche
Arbeit erschwert. Eine solche Zeit ruhiger und sachlicher Arbeit
ist uns gerade gegenwärtig zuwenden. Gegenüber den auf
neue in die Öffentlichkeit hineingetragenen Zweifel an der
neuen Regierung und angesichts der erneuten Monarchie im
Reichstag, ist es Pflicht, zu betonen, daß die Bahn eines ver-
trauensvollen Zusammenwirkens zwischen
Reichsleitung und Volksvertretung angebahnt ist
und daß den Interessen des Volkes sicherlich besser gebient ist,
wenn man diese Bahn beschreitet, als wenn man unter innerer
Leben in fortgesetzte Entfremdungen verfiel, die nicht nur im-
nerpolitisch, sondern die außenpolitisch verheerend wirken
müssen.

Die Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher.

W. Berlin, 29. Aug. (Ant.) Für die Brennstoffversorgung
gewerblicher Verbraucher mit einem Monatsbedarf von 10
Tonnen (200 Btr. und mehr) ist von größter Wichtigkeit,
daß sie die durch die Bekanntmachung des Reichskommissars für
die Kohlenverteilung vom 8. August 1917 (Mitsamstag Nr.
192) geforderten Meldungen in der Zeit vom 1. — 5. September
genau und rechtzeitig an die vorgeschriebenen Stellen
erstatten. Wer die Meldungen nicht rechtzeitig abgibt, hat
keine Aussicht, noch vorher beliefert zu werden, weil die Kohlen
als Grundlag für die Kohlenverteilung dienen werden.

Zwischenlieferer (Händler) haben auf unverzüglich
Weitergabe der Meldungen (Nr. 6 der Bekanntmachung vom
17. Juli 1917, Reichsanz. Nr. 145) an ihre Vorlieferer besonders
zu achten. Saumselige Weitergabe kann zur Folge haben, daß
Zuweisung der betr. Menge nicht möglich ist. Händler nehmen
zweckmäßig Abschriften der Kohlen zu ihren Akten mit einem ge-
nannten Vermerk, welcher Verbrauchergruppe der meldende Ver-
braucher angehört.

Die Annahme der Meldungen darf von dem bis-
herigen Lieferer nicht verweigert werden. Wenn ein bisheriger
Lieferer die Annahme der Meldungen trotzdem verweigert, oder
wenn ein neu eröffneter Betrieb keine Kohlen zur Annahme
seiner Meldungen bereit findet, so ist neben der ohnehin für den
Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin bestimmten

Letzte Drahtberichte.

W.B. Berlin, 29. Aug. (Mitteil.). S. M. der Kaiser empfing heute im Großen Hauptquartier zur Meldung des Generals von Waldstätten und den bisherigen General Dufow, sowie gestern den Flügeladjutanten des Kaisers von Oesterreich, Oberstleutnant Drougier.

O Berlin, 30. Aug. Den Morgenblättern zufolge haben die bamerischen Landkreise dem bisherigen Oberpräsidenten von Waldow, dem jetzigen Leiter des Reichsnährungsamts, eine Ehrengabe in Höhe von 200 000 M zugesagt. Nach Bestimmung des Herrn von Waldow soll sie zu Hälfte dem Provinzialverband zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Säuglingsfürsorge zugeführt werden.

W.B. Berlin, 29. Aug. (Nicht amtlich.) Der türkische Marineminister Djemal Pascha benutzte den gestrigen Vormittag zur Abhaltung von Besuchen. Mittags nahm er bei dem türkischen Botschafter das Frühstück ein, an dem auch der Reichsminister und einige Staatssekretäre teilnahmen. Nachmittags wurde eine Fahrt durch die Stadt gemacht. Abends fand beim Staatssekretär des Reichsmarineministeriums ein Essen statt.

Die Neuorientierung in Sachsen.

W.B. Berlin, 30. Aug. Wie verschiedene Morgenblätter gemeldet wird, beschloß der Verfassungsausschuß der sächsischen Zweiten Kammer mit 12 gegen 5 Stimmen eine Beschränkung der Rechte der Ersten Kammer. Sie soll, wie in Preußen schon, den Etat nur im Ganzen annehmen oder ablehnen können. Ferner sollen bei Meinungsverschiedenheiten nach zweimaligem vergeblichen Einigungsversuch die Beschlüsse der Zweiten Kammer als die Beschlüsse des ganzen Landtages gelten.

Die Sozialistenkonferenz der Alliierten.

W.B. London, 29. Aug. (Neuter). Auf der Sozialistenkonferenz der Verbündeten sagte Henderson, er glaube, daß nur wenige die Erklärung der Londoner Sozialistenkonferenz vom 2. Februar 1915 aufgeben oder wesentlich abändern wollten. Was in dem jetzigen Weltstreit auf dem Spielfeld stehe, sei für die Zukunft der menschlichen Rassen von so weitreichender und vitaler Bedeutung, daß es die leidenschaftlichste und sorgfältigste Prüfung sowohl der Mehrheits- als der Minderheitsparteien in allen vier beteiligten Ländern erfordere. Man könne kein sehr befriedigendes Ergebnis erreichen, wenn die Mehrheitsparteien die Minderheitsparteien einfach zu überstimmen suchten. Es sei besser, ihre Meinungsverschiedenheiten anzuerkennen und durch gegenseitige Ueberabstimmung eine Grundlage für die Kriegsziele zu schaffen, die geeignet sei, einen dauernden und ehrenvollen demokratischen Frieden zu sichern. Wenn die Entscheidung der Konferenz auch nicht bindend für die Regierungen sei, so würde sie doch in der ganzen Welt als das wohl überlegte Urteil des arbeitenden Proletariats der beteiligten Länder betrachtet werden. Die russischen Vertreter erklärten, daß sie an den Verhandlungen der Konferenz vollen Anteil nehmen würden.

Die Unruhen in Spanien.

W.B. Bern, 29. Aug. Der „Temps“ meldet aus Madrid: Aus einigen Landesteilen treffen neuerdings Nachrichten über Unruhen und Gärungen ein. In einigen Städten, auch in Madrid, wurden die Militärpatrouillen wieder eingeführt. Ubadal, der Führer der Katalaner, erklärte in einem Rundschreiben, daß die mit der Durchführung der in der katalonischen Versammlung gefassten Beschlüsse beauftragte Ausschuss baldigst Ergebnisse seiner Arbeit bekannt geben werde. Der katalonische Führer Rambo wird eine Propagandareise in die Nordprovinzen unternehmen. Infolge der neuen Gärungen hat der Minister des Innern seine Urlaubsreise verzichtet, doch hält er den neuen Zwischenfall für bedeutungslos.

Japan und die Vereinigten Staaten.

O Berlin, 29. Aug. Wie aus New York gemeldet wird, sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange zwischen der Union und Japan, um ein weitgehendes Vertragsabkommen herbeizuführen. Der „New York Herald“ weiß, einer kopenhagener Meldung der „Nationalzeitung“ zufolge, zu berichten, daß im Falle der Einigung beide Mächte bestrebt sein würden, ein baldiges Kriegsende herbeizuführen. Demnach hätten diese Mitteilungen, so würde für Amerika, wie von Kennern der Union berichtet wird, kein ernsthafter Grund mehr vorliegen, den Krieg zu verlängern, da das Eintreten Amerikas in den Krieg zum großen Teil, wenn nicht einzig und allein von der Absicht geleitet war, eine Gelegenheit für eine gründliche Mobilisierung des Landes zu finden und auf diese Weise zu einem künftigen Krieg gegen Japan zu rüsten. Einerseits wäre dieses Ziel der Hauptsache nach erreicht, andererseits ersähe die Gefahr eines amerikanisch-japanischen Krieges für einen nahen Zeitpunkt beseitigt.

Wilson's Antwort auf die Papstnote.

Washington, 28. Aug. Reuter will wissen, die amerikanische Antwort auf die Note des Papstes, die in die öffentlichen Formen gekleidet ist, findet keinen Boden, auf dem man die Erörterung des Friedens fortsetzen könnte, da eine Erklärung Deutschlands über die Bedingungen fehlt.

Gerichtsverhandlungen.

München, 29. Aug. Die Strafkammer des Landgerichts Aichachensburg verurteilte H. „Münch. N. Nachr.“ den Metzfabrikanten Leopold Ries aus Aichachensburg wegen verbotenen Kolzhandels und Preiswuchers zu 100 000 M Geldstrafe oder 2 Jahren Gefängnis, den Brauereibesitzer Friedr. Eber aus Grohlfeldheim zu 32000 M Geldstrafe oder 1 Jahr Gefängnis und dessen Sohn Josef Eber zu 2926250 M Geldstrafe oder 1 Jahr Gefängnis, sowie deren Vermittler Sautermeister aus Wiesbaden wegen Beihilfe zu 1000 M Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis.

Spielplan des Städtischen Konzerthauses in Karlsruhe

Freitag, 31. Aug.	Keine Vorstellung.
Samstag, 1. Sept.	„Der fidele Bauer“, 1/8-10.
Sonntag, 2. Sept.	„Um einen Fuß“, 7-10.
Montag, 3. Sept.	„Die Fledermaus“, 1/8-11.
Dienstag, 4. Sept.	„Um einen Fuß“, 1/8-10.
Mittwoch, 5. Sept.	Zum erstenmal: „Die Kaiserin“, 1/8-10.
Donnerstag, 6. Sept.	„Die Kaiserin“, 1/8-10.
Freitag, 7. Sept.	„Die Kaiserin“, 1/8-10.
Sonntag, 8. Sept.	„Die Kaiserin“, 1/8-10.
Sonntag, 9. Sept.	„Die Kaiserin“, 7-10.

Aus den Staudenbüchern der Stadt Karlsruhe.

Chefaußsicht.
28. Aug.: Karl Armbruster von Singen, Wagner hier, mit Maxia Krieg von hier.
Todesfall.
27. Aug.: Beria Zimmermann, 30 J., Kontoristin, lebig.

Meldkarte die für den Lieferer bestimmte Meldkarte dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin mit einem besonderen Begleitförmchen einzusenden, in dem angegeben ist, aus welchem Grund die Meldkarte nicht an einen Lieferer gegeben wurde und welcher Lieferer vorgeschlagen wird.

Meldungen derselben Bedarfsmengen bei mehreren Lieferern sind verboten und werden bestraft.
Falls ein Lieferer (Sändler) die in einer Meldkarte aufgeführten Brennstoffe von mehreren Vorlieferern bezieht, so gibt er nicht die ursprüngliche Meldkarte, sondern verteilt deren Inhalt auf andere Meldkarten, die an die einzelnen Vorlieferer weiterzugeben sind. Die Mengen der neuen Meldkarten dürfen zusammen nicht mehr geben, als die ursprüngliche Karte. Jede neue Meldkarte hat 1. die auf diese Karte entfallenden Mengen, sowie 2. in einer Gesamtsumme, die auf andere Karten verteilte Mengen der ursprünglichen Karte zu enthalten.

Die neuen Meldkarten sind mit dem Vermerk „aufgeteilt“ und dem Namen derjenigen Firma zu versehen, die aufgeteilt hat. Die ursprüngliche Karte ist sorgfältig aufzubewahren.

Zu Absatz 1 der auf den Meldkarten befindlichen Anweisung für die Ausfüllung der Meldkarten wird bestimmt, daß die dort verlangte Gesamtsumme nicht nur für die Bestellung (Seite 8 und 9, sondern auch für Zufuhr, Bestand und Verbrauch (Seite 5, 6 und 7) angegeben werden muß.

Für ausländische Kohle sind gesonderte Meldkarten anzugeben. In diesem Falle findet der Verbraucher sowohl bei für den Reichskommissar für die Kohlenverteilung als auch bei für den Lieferer vorgesehenen Meldkarte zusammen in einem mit der Aufschrift „Auslandskohle“ versehenen Umschlag an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin.

Andere Anmerkungen und Mitteilungen auf den Karten als die verlangten sind zwecklos und zu vermeiden.

Abgesehen von rechtzeitiger Meldung der Verbraucher ist die stätliche Durchführung der vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung auf Grund der Meldungen geplanter Kohlenverteilung von der Genauigkeit und Schnelligkeit der Arbeit des Handels abhängig. Es wird Sache des Handels sein, zu beweisen, daß er den Anforderungen gewachsen ist.

Aus dem Großherzogtum.

Amthliche Nachrichten.

Das Ministerium des Großherzogs, des Justiz und des Auswärtigen hat den Justizaktuar Karl Homig beim Amtsgericht Wiesloch zum Amtsgericht Bruchsal, den Justizaktuar Karl Martin beim Amtsgericht Roggen zum Notariat Wiesloch versetzt und den Justizaktuar Adolf W. F. z. beim Notariat Mannheim 1-5 auf Ansuchen aus dem Staatsdienst entlassen.

Das Ministerium des Innern hat den Unterlehrer Ernst Kestle in Darloch zum Hauptlehrer an der Gewerbeschule in Nalati ernannt, den Verwaltungsrat Johann Bick in Wosbach zum Bezirksamt Straußen (Stadt Kallendorf), den Amtsaktuar Simon Heng in Heidelberg zum Bezirksamt Ettlingen versetzt.

Das Finanzministerium hat dem Obersteuerkommissar Karl Richter in Pirmasens den Steuerkommissarbesitzlast übertragen.

O Freiburg i. Br., 29. Aug. Unser Mitbürger, der Großh. Mich. Geheime Rat und Gesandte a. D., Herr Johann Ferdinand Freiherr von und zu Bodman auf Boretshof feierte, wie schon gemeldet, mit seiner Frau Gemahlin Alexandra geborenen von Offenbach-Bercholz, am 28. d. M., die goldene Hochzeit. Aus diesem Anlaß begab sich an dem Festtage um 11 1/2 Uhr vormittags eine städtische Abordnung, bestehend aus den Herren Oberbürgermeister Dr. Thoma, Erster Bürgermeister Kiedel und Stadtrat Mühlberger zu dem Jubelpaar und überbrachte unter Ueberreichung eines Blumengebüsches die herzlichsten Glückwünsche der Stadt Freiburg. Der Oberbürgermeister hob in seiner Ansprache die vielen Verdienste Sr. Excellenz, auch um die Stadt Freiburg, hervor, deren Kollektion er lange Jahre als Mitglied des Bürgerausschusses angeführt hatte. Gleichzeitig sprach der Oberbürgermeister den besten Dank aus für die reichlichen Zuwendungen, die das Jubelpaar sowohl für Kunst und Kunstgewerbe, als auch heute wieder für die Wohltätigkeit durch Ueberweisung des Betrages von 10 000 Mark gemacht habe. Der Jubilar sprach für die Ehrung den herzlichsten Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Stadt Freiburg nach baldiger glücklicher und ehrenvoller Beendigung des Krieges wieder wie früher einer blühenden Entwicklung entgegengehen möge. Dem Jubelpaar hatten auch bei ihrer kürzlichen Anwesenheit in Freiburg i. Br. der Großherzog und die Großherzogin persönlich ihre Glückwünsche ausgesprochen.

* Seidelsberg, 30. Aug. Die Schleppliffahrtsgesellschaft auf dem Neckar in Seidelsberg hat an das Ministerium des Innern das Gesuch gestellt, den Schlepplohn für Köpfe, Holz und Arbeits auf der Strecke von Mannheim nach Seidelsberg auf 60 Rfg. die Tonne, somit auf 0,522 Pfennig für den Tonnentransport erhöhen zu dürfen. Diese Karriereforderung wurde, soweit es sich um den unter badischer Landeshoheit stehenden Teil des Neckars handelt, vom Ministerium des Innern genehmigt.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 30. August 1917.

— Des Frühkartoffelpreises. Die Bad. Kartoffelverwertung hat bestimmt, daß der Preis für den Zentner Frühkartoffeln beim Verkauf durch den Erzeuger mit Wirkung vom 1. September an 650 M nicht übersteigen darf.

— Städt. Konzerthaus. Wegen der mit der Badener Erstaufführung von „Nigaro's Hochzeit“ verbundenen Orchesterleistungen und der Vorbereitung der in der kommenden Woche zur Aufführung gelangenden Ausstattungsoperette „Die Kaiserin“ von Leo Fall fällt die für Freitag den 31. August angekündigte Aufführung von „Um einen Fuß“ aus.

Städtische Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe.

Sparkasse.

Das Berichtsjahr 1916 wurde naturgemäß durch den Weltkrieg beherrscht. Wie im Vorjahr stellte sich auch die Sparkasse wieder in den Dienst des Vaterlandes. Sämtliche flüssig werdenden Mittel wurden zur Anlage in Kriegsanleihen verwendet und damit den Bedürfnissen des Reiches nutzbar gemacht; an Hypotheken gelangten nur noch wenige, schon im Frieden zugelegte Beträge zur Auszahlung; neue Darlehen wurden nicht mehr gewährt. So war es möglich, daß die Kasse — nieder angenommen —

zur 4. Kriegsanleihe 8 019 400 M
und zur 5. Kriegsanleihe 5 307 400 M

zusammen 13 326 800 M

aufbringen konnte. Davon vermittelte sie in ihrer Eigenschaft als öffentliche Zeichnungsstelle 12 526 800 M in 8856 Posten selbst, während der Rest auf Zeichnungen bei Banken und sonstigen Geldinstituten entfällt. Einküfflich der Zeichnungen zur 1.3. Kriegsanleihe mit zusammen 13 100 000 M wurden somit nicht weniger als rund 31 400 000 M an Kriegsanleihen beworben flüssig gemacht, d. h. über 60 Proz. des Einlagebestandes der Sparkasse bei Kriegsausbruch.

Wie im Vorjahr wurde bei der 4. Kriegsanleihe — soweit nötig — auf die kriegsgemäße Ablösungsfrist verzichtet, wenn Sparguthaben zur Zahlung der gezinseten Kriegsanleihe verwendet werden sollten. Bei der 5. Kriegsanleihe wurden in diesen Fällen die Zeichnungen einseitig auf 30. September 1916 abgerechnet, so daß die Zeichner schon mit Wirkung vom 1. Oktober an in den Genuss des höheren Zinses kamen. Von den durch die Kasse vermittelten Zeichnungen entfielen auf die Einleger 7 672 300 M und auf eigene Zeichnungen der Sparkasse 4 854 500 M.

Trotz der starken Beteiligung der Einleger an den Kriegsanleihen überwogen die Rückzahlungen im Berichtsjahr mit 19 359 211 M die Einlagen mit 19 280 075 M

nur um 79 136 M
so daß bei Sinszurechnung der gutgeschriebenen
Zinsen für 1916 mit 1 806 504 M

sich eine Vermehrung des Einlagebestandes von 1 727 368 M
ergab. Letzterer stieg von 48 905 531 M

nach dem Stand auf 31. Dezember 1915 auf . . . 50 632 900 M
nach dem Stand auf 31. Dezember 1916.

Die Postenzahl der Einlagen und Rückzahlungen einschl. der reinen Zinszahlungen stieg von 188 575 auf 202 285 d. h. um 13 710 = 7,2 Proz.

Gewo ist eine erhebliche Steigerung der Zahl der Einleger festzustellen:

Neu betrug zu Beginn des Jahres 56 876
Neu gingen zu 8 704
Ab gingen 5 828

Zunahme (5,1 Prozent) 2 876

Zahl der Einleger auf 31. Dezember 1916 59 752

Das durchschnittliche Guthaben eines Einlegers auf Schluß des Jahres betrug 847 M 24 S gegen 877 M 60 S auf Schluß des Vorjahres.

Im Verkehr mit Heimsparguthaben ergab sich im Jahr 1916 — wohl aus den im Vorbericht angegebenen Gründen — ein weiterer Rückgang. Es wurden rund 2508 Büchsen mit 88 914 M 19 S Inhalt gegen 3055 Stück mit 141 521 M 31 S im Vorjahr entkernt.

Der Verkauf von Sparmarken im Stadtteil Müppur mußte ganz eingestellt werden, da die meisten an dem Markenverkehr beteiligten Einleger zum Heeresdienst einberufen wurden, so daß sich der Markenverkauf nicht mehr lohnte.

In Gehalten und Gehaltsteilen wurden 2 009 188 M 19 S bei einer Beteiligung von rund 1000 Beamten gegen 1 369 917 M 16 S bei einer Beteiligung von 588 Beamten im Vorjahr überwiegen.

Im Uebertragbarkeitsverkehr wurden 309 Guthaben mit 276 825 M 60 S gegen 325 Guthaben mit 281 268 M im Jahr 1915 an andere Sparkassen ausbezahlt und 153 Guthaben mit 281 731 M 41 S gegen 330 Guthaben mit 409 958 M 39 S von anderen Sparkassen an uns überwiegen.

Die Zahl der hinterlegten Sparbücher stieg von 2317 auf 3868 und weist somit die größte Steigerung seit Verfassung dieser Einrichtung (67 Proz.) auf. An Sparbüchern gingen 1888 M 75 S gegen 1261 M 75 S im Vorjahr ein.

Geschäftsverkehr der Pfandleihkasse.

Die fortgesetzte günstigen Erwerbsverhältnisse in hiesiger Stadt, verbunden mit der ausreichenden Unterstützung der Familien zum Heeresdienst einberufenen haben im Jahr 1916 einen weiteren Rückgang im Geschäftsverkehr der Pfandleihkasse zur Folge gehabt. Außerdem wirkte die Beschlagnahme der Weib-, Woll- und Strickwaren, der Schuhe und der Fahrzeughelfen, oder richtiger der Mangel an derartigen Waren ungünstig auf den Geschäftsverkehr ein. Der Pfandleihbestand hat weiter um 2233 Stück und der Darlehensbetrag um 18 964 M abgenommen, die Zahl der Geschäftsfälle betrug 44 037 gegen 46 386 im Jahr 1915. Leider hat dieser Geschäftsrückgang auch die Rentabilität der Anstalt ungünstig beeinflusst. Es wurden im Jahr 1916 an Fahrnispfändern 395 707 M gegen 46 386 Stück mit 429 707 M im Jahr 1915.

Der Bestand an Pfändern darlehens berechnet sich auf Jahreschluß wie folgt: Stand am Anfang des Jahres 10 626 Stück mit 125 982 M, Zugang 17 790 Stück mit 134 245 M, zusammen 28 416 Stück mit 260 227 M, Abgang 20 028 Stück mit 153 209 M, Stand auf 31. Dezember 1916 8388 Stück mit 107 018 M.

Vermögensverwaltung.

Wie schon erwähnt wurde, konnten im Berichtsjahr nur noch wenige, schon vor Kriegsausbruch zugelegte Darlehen auf 1. Hypothek ausbezahlt werden; neue Darlehen wurden nicht mehr angelegt. Flüssige Mittel wurden in Kriegsanleihen angelegt und so dem Reiche nutzbar gemacht.

Der Zinseneingang war im Jahr 1916 recht befriedigend. Wie im Vorjahre wurden auch im neuen Jahr fällig gewordene Zinsrückstellungen den zum Heeresdienst einberufenen Schuldnern regelmäßig nachgelassen, sonst nicht auf einen möglichen Verzugszins herabgesetzt. Nur in ganz vereinzelten Fällen war die Kasse genötigt, das Zwangsverwaltungs- oder Zwangsversteigerungsverfahren einzuleiten und durchzuführen.

Den Einnahmen von 2 455 585 M 06 S stehen Ausgaben von 2 187 526 M 03 S entgegen. Der Ueberfluß für 1916 beträgt 268 059 M 03 S, der Ueberfluß für 1915 beträgt 292 681 M 91 S, es ist somit eine Abnahme des Ueberflusses von 24 622 M 88 S zu verzeichnen.

Der Ueberfluß des Berichtsjahres wurde durch die Übernahme der Vermittlungsgebühren für die Kriegsanleihen und Einstellung weiterer Anstaltskräfte zur Vertretung einberufenen Beamten ungünstig beeinflusst.

Die hohen Obstpreise.

Ein halbamtlicher Artikel der „Karlsruher Zeitung“ befaßt sich mit den Obstpreisen. In dem Artikel wird zugegeben, daß die Obstpreise auch in Baden recht hoch sind, die Festsetzung der Preise hänge aber nicht lediglich von der Bestimmung der Bad. Obstverwertung ab. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst lege Erzeugerhöchstpreise fest. Von der Möglichkeit, bis zu 10 Proz. unter diese Erzeugerhöchstpreise herunterzugehen, habe die Bad. Obstverwertung gänzlich Gebrauch gemacht. Beim Kernobst, bei Zwetschgen und Pflaumen, hat die Reichsstelle die Erzeugerhöchstpreise allerdings absolut, unänderlich festgesetzt. Ein Antrag der Bad. Obstverwertung, eine Abweichung von diesen absoluten Preisen zu gestatten, ist abgelehnt worden.

Diese halbamtliche Darstellung über die hohen Obstpreise in Baden, die wir bei der außerordentlich guten Obsternie zu zahlen haben, können in keiner Weise überzeugend wirken. Es ist absolut nicht einzusehen, warum wir uns in Baden noch den von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzten horrenden Höchstpreisen zu richten haben. Die Embörung über die hohen Obstpreise ist nur ganzen Lande allgemein und die Bad. Obstverwertung läßt sich daran, die Preise, hauptsächlich für Birnen und Äpfel, kleinigt herabzusetzen.

Eier-Verteilung.

Freitag, den 31. August und Samstag, den 1. September 1917 wird in den

jämmtlichen Eierverkaufsstellen

an die eingetragenen Kunden gegen die Eiermarke A Nr. 67 ein Ei abgegeben. Die Sammelkarten A Nr. 67 werden mit 3 Eiern für 5 Personen eingelöst.

Der Preis für das Ei beträgt 35 Pfg. für das Stück. Es kommen nur Auslandsener zur Verteilung.

Militär-, Krankenzufuhr- und Besuchsmarken werden in den benannten Stellen eingelöst.

Restbestände bleiben zu unserer Verfügung.

Frist für Abrechnung, Dienstag, den 4. September 1917.

Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst oder verlängert werden.

Karlsruhe, den 29. August 1917. 508

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Fett-Verteilung.

Donnerstag, den 30. August, Freitag, den 31. August und Samstag, den 1. September 1917 wird in den

Fettverkaufsstellen Nr. 163 bis 222 einschließlich

an die eingetragenen Kunden Fett (Butter, Rumpfspeisefett und Margarine) abgegeben. Kopfmenge 100 Gramm gegen die Fettmarken A und B Nr. 67.

Militär-, Krankenzufuhr- und Besuchsmarken werden in den benannten Stellen eingelöst.

Frist für Abrechnung Samstag, den 4. September 1917.

Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst werden.

Karlsruhe, den 29. August 1917. 507

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kommunalverband Karlsruhe Stadt

Höchst- u. Nichtpreise

in der Zeit vom 29. August bis einschl. 2. Septbr. 1917.

Gemüse.

Blumenkohl	1 Stück	30-80 Pfg.
Rotkraut	1 Pfund	20-23 "
Weißkraut	1 "	12 "
Wirsing	1 "	17 "
Spinat	1 "	25-28 "
Buschbohnen, grüne u. gelbe	1 "	24-26 "
Stangenbohnen, grüne u. gelbe	1 "	30-32 "
Karotten, ohne Kraut rund. u. lange	1 Pfd.	19 "
Kunstreibenblätter	1 "	8 "
Rüben, gelbe	1 "	13 "
Rüben, rote	1 "	10 "
Rüben, weiße	1 "	8 "
Kohlrabi	1 "	19 "
Bodenkohlrabi	1 "	8 "
Kopfsalat, inländischer	1 Stück	3-12 "
Endivien-Salat	1 "	3-10 "
Sellerie	1 Pfund	19 "
Lauch	1 "	5-8 "
Rangold	1 Pfund	15 "
Kürbis	1 "	3-10 "
Reitig	1 Stück	2-10 "
Radieschen und Eisapfen	1 Bund	3-10 "
Gurken	1 Stück	6-24 "
zum Einmachen	1 "	2-4 "
Tomaten	1 Pfund	31 "
Wasserpfeffer	1 "	17 "
Zwiebeln, inländische	1 "	25 "

Pilze.

Pfefferlinge	1 Pfund	40 "
Steinpilze	1 "	40-50 "

Obst.

Zwetschgen	1 Pfund	30* Pfg.
Äpfel, große	1 "	42 "
kleine	1 "	30 "
Edel-Äpfelische	1 "	60 "
Große Weinberg-Äpfelische	1 "	38 "
Kleine	1 "	24 "
Reineclauden	1 "	45 "
Aprikosen	1 "	60 "
Mirabellen	1 "	50 "
Schlehdorfen	1 "	50 "
Äpfel, Gruppe I	1 "	60 "
Gruppe IIa gepflückt u. fortiert	1 Pfd.	37 "
Gruppe IIb unfortiert, ohne Kallobst	1 Pfd.	32 "
Gruppe III	1 Pfund	15 "
Brombeeren	1 "	65 "
Brombeeren	1 "	65 "
Preißelbeeren	1 "	55 "
Birnen, Gruppe I	1 "	55 "
Gruppe II	1 "	30 "
Gruppe III	1 "	12 "
Trauben	1 "	100 "

Die mit einem * versehenen Preise sind Höchstpreise.

Die Höchst- u. Nichtpreise sind auf den Märkten und in den Verkaufsstellen einzuhalten; die Ueberschreitung derselben ist strafbar.

Die Verkäufer auf den Märkten der Stadt sind verpflichtet, an allen Marktwaren die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen. Die Ladeninhaber müssen diese Preise in ein im Schaufenster ausgehängtes Preisverzeichnis eintragen.

Das Zurückhalten, angeblich verkaufter Ware, ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an Jedermann abgegeben werden.

Karlsruhe, den 28. August 1917. 31a

Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Druckaufträge werden prompt ausgeführt v. der Badischen Landeszeitung, W. m. S. 6.

Für die hiesige Gaderverwaltung suchen wir zum sofortigen Eintritt:

Mehrere kaufmännisch gebildete

weibliche Arbeitskräfte

mit guter Handschrift (ohne Stenographie u. Schreibmaschine).

Einige Geldheber und

Gasmesser-Auffüller.

Städtisches Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe

Zähringerstraße 100. Fernsprecher 629.

Für das Städt. Krankenhaus hier, suchen wir mehrere

Küchen- und Hausmädchen

sonstige Waschfrauen.

Städtisches Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe

Zähringerstraße 100, 3. Stod.

Zur Abnahme von

Kupferbedachungen

und Wiederherstellung in Ersatzmetall

empfiehlt sich

Friedr. Amolsch, Baublehner

Borholzstraße 24. Telefon 2481.

Eine hochaktuelle Neuerscheinung

Das Oberkommando in den Marken

Mit 15 Bildbeigaben nach Handzeichnungen von Fritz Wolff und Paul Grulich

Aus dem Inhalt:

Kriegszustand — Geschichtliches — Generaloberst von Kessel — Aus der Arbeit des Oberkommandos — Die Zensur — Friedensaufgaben

Das Werk ist vornehm und geschmackvoll ausgestattet und kostet M. 4,—

Es ist die erste Folge meiner Monographien-Sammlung über

Die innere Front

In Vorbereitung befindet sich: „Das Kriegsamt“

Vorrätig in allen guten Buchhandlungen

A. JANDORF'S VERLAG, BERLIN

Schlachtyerde

und sonstige Tiere, die zur menschlichen Nahrung nicht verwendbar sind, werden stets angekauft von dem

Städt. Gartenamt Karlsruhe.

Die Gartenlaube

61. JAHRGANG

bringt jetzt in ihrem Weibblatt

„Die Welt der Frau“

die Erlebnisse der Frau Admiral v. Manke

Meine Leiden in russischer Gefangenschaft

Bekanntmachung.

VI. Kriegsanleihe.

Die Stücke zu 100 Mk., 200 Mk. und 500 Mk. der sechsten Kriegsanleihe sind teilweise eingetroffen. Gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigungen werden solche, soweit der Vorrat reicht, an unsere Zeichner abgegeben.

Karlsruhe, den 28. August 1917.

Städtische Sparkasse.

Dr. Koellreutter

noch weitere 14 Tage verweist.

A. BAGEL • VERLAG • DÜSSELDORF.

Karten und Skizzen zum Weltkrieg

von Eduard Rothert.

Kartographische Darstellung der Ereignisse auf allen Kriegsschauplätzen.

I. Teil: Die Ereignisse bis März 1915
II. Teil: Vom Frühjahr 1915 bis Ende 1915.

Jeder Band enthält 21 bzw. 19 mehrteilige farbige Karten mit zahlreichen Nebenkarten und kurzen erläuterndem Text.

Jeder Band in Halbleinen gebunden kostet A. 4.80.

Den vielen, die sich über die seitherigen Kriegereignisse wie auch über die Vorgeschichte des Krieges unterrichten wollen, werden diese klaren, übersichtlichen und ungenau leichtfahlichen Darstellungen willkommen sein. Der kurze und treffende Text trägt zum Verständnis der Karten u. Skizzen wesentlich bei.

In jeder Buchhandlung, sowie in der Geschäftsstelle der „Badischen Landeszeitung“ einzusehen.

Städt. Badanstalt (Vierordthad) KARLSRUHE.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenaue oder Stassfurter)

Mutterlauge- u. Schwefel- (Thioptol) Bäder. 100

Badesort an den Verletztentrassen

Bäder u. Damen: 7-1 Uhr

vorn. u. 3-4 Uhr nachm.

Sonntags bis 9 1/2 Uhr. Sonntags 7-12 Uhr.

Mittags 1-3 Uhr geschlossen.

Städt. Konzert-Haus.

Donnerstag, den 30. August:

„Die lustige Witwe“

Anfang 1/8 Uhr.

Photographische Apparate

und Bedarfsartikel, wie Platten

Platten, Pappe, Entwickler, Zellen

Bäder, Stativ, Rahmen, Zellen

Sachen, Wundtsch., sonst man sehr

vorzuziehen bei

J. Lösch, Photog.-Handlung

Gerrenstr. 35, Mitglied d. B. V. 2.

Von Dr. theol. und phil. Pfarrer Adolf Bolliger, Zürich-Neumünster, ist eine neue Broschüre erschienen:

Deutschlands Recht.

Die Streitschrift der französischen Protestanten

widerlegt durch

Dr. Adolf Bolliger, Pfarrer in Zürich-Neumünster.

Mit Beilage:

Antwort des „Comité Protestant Français“ in Paris an Herrn Pfarrer Dr. Bolliger in Zürich.

Broschiert, 64 Seiten stark, Preis 30 Pfg.

Der Name des Verfassers ist aus seiner Broschüre „Tatsachen“ noch in frischer Erinnerung. Das Comité der französischen Protestanten versuchte die „Tatsachen“ von Pfarrer Dr. Bolliger zu entkräften und veröffentlichte eine Antwort in den Züricher Nachrichten. Herr Pfarrer Bolliger ist die Antwort hierauf nicht schuldig geblieben und hat dieselbe unter dem Titel: „Deutschlands Recht“ veröffentlicht.

Diese neue Bolliger'sche Antwort ist in einer Broschüre wie die „Tatsachen“ herausgegeben worden und ist auch die Antwort des Comité französischer Protestanten auf die „Tatsachen“ in deutsch übersetzt beigefügt.

Die Broschüre „Tatsachen“ hat bei ihrem Erscheinen großes Aufsehen gemacht weil es wohl die erste Stimme eines Neutralen war, der offen für die deutsche Sache eintrat. Ebenso wie die „Tatsachen“ wird auch die neue Broschüre „Deutschlands Recht“ mit Freuden aufgenommen und gelesen werden.

Die Broschüre ist von uns zum Preise von 30 Pfennig zu beziehen.

Geschäftsstelle der „Badischen Landeszeitung“.